vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

BEZIRK HESSEN-NORD SPD

FOTO: BÜRO SPIES

Liebe Genossinnen, liebe Genossen.

Endspurt: Am 28. Oktober geht es um viel. Wir müssen dafür sorgen, dass der Wahltag zum Wendepunkt hessischer Politik wird und unsere Region von einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Thorsten Schäfer-Gümbel profitieren kann.

19 Jahre CDU-Regierung in Hessen zeigen: Bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen, Schulen mit einer Top-Ausstattung und bessere Verbindungen zwischen Stadt und Land für ganz Hessen wird es nur mit der SPD geben.

Nur mit der SPD wird es mehr Bildungsgerechtigkeit geben.
Wir werden die Kita-Gebühren komplett abschaffen und für kostenlose Bildung bis zum Master oder der Meisterprüfung sorgen.
Wir werden für individuelle Förderung aller Kinder sorgen.
Wir werden die Sanierung unserer Schulen spürbar unterstützen.
Wir werden ein Sofortprogramm gegen Lehrermangel mit vorausschauender Personalplanung auflegen.
Nur mit uns wird es mehr Mobilität in Stadt und Land geben.
Wir werden den ländlichen Raum besser anbinden.
Wir werden kaputte Straßen und marode Brücken endlich sanieren.
Wir werden den öffentlichen Nahverkehr abgasfrei, verlässlicher und günstiger ausbauen.
Nur mit uns wird es bezahlbares und bedarfsgerechtes Wohnen in Stadt und Land geben.
Wir werden in den nächsten fünf Jahren 30.000 preisgebundene Wohnungen bauen.
Wir werden im ländlichen Raum den Leerraum erschließen und mit Umbauprogrammen günstige barrierefreie Wohnungen schaffen.
Wir werden öffentliche Grundstücke schnell und günstig für den Bau bezahlbarer Wohnungen bereitstellen.

Deshalb gilt es jetzt, in den verbleibenden Stunden noch einmal alle Kräfte zu mobilisieren.

Lasst uns noch einmal nach draußen gehen. Infostände, Diskussionen vor Ort, das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern – alles ist wichtig.

Jede Stimme zählt.

Lasst uns gemeinsam bis zur letzten Minute kämpfen. ■

Dr. Thomas Spies
Stellvertretender Bezirksvorsitzender

FOTO: DIETMAR BÜRGER

HESSEN VON MORGEN UND EUROPAPOLITIK

Bezirksparteitag und Europadelegiertenkonferenz

Mit den Schwerpunktthemen „Hessen von Morgen“ und „Europa“ fand in Baunatal der SPD-Bezirksparteitag sowie vorab die Europadelegiertenkonferenz zur Nominierung der nordhessischen Kandidatin für die Europawahl 2019 statt. 150 von 152 Delegierten wählten die Europaabgeordnete und stellvertretende Bezirksvorsitzende Martina Werner aus Niestetal erneut zu ihrer Kandidatin für die Europawahl 2019. Ihr Ersatzbewerber wurde Thomas Giese aus Bad Hersfeld.

Die Konferenz beschloss den Leitantrag „Für ein starkes Nordhessen in einem sozialdemokratischen Europa“ mit großer Mehrheit. Er beinhaltet ein klares Bekenntnis zu Europa als Projekt des Friedens, der Freiheit und der Demokratie. Zugleich beschäftigt er sich mit den Herausforderungen, vor denen Europa steht - wegen Flucht und Migration, den Folgen der Finanzkrise, extrem hoher Jugendarbeitslosigkeit in einigen Teilen der EU und dem Angriff auf die Grundidee der Europäischen Union durch europafeindliche Regierungen und Parteien in einigen Mitgliedstaaten.

Eine sozialdemokratische Europapolitik schlägt neue Wege ein, die einen wesentlichen Beitrag für die Akzeptanz der EU in den Regionen und vor Ort leisten sollen. Ihr Ziel ist nachhaltige Wachstumsinvestitionen für Beschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherheit.

Gerade im ländlichen Raum ist die Schaffung und Verbesserung der digitalen Infrastruktur ein wesentlicher Faktor.

Die Strukturförderung der EU mit dem Ziel des Ausgleiches von Ungleichheiten zwischen den Regionen ist für Nordhessen unverzichtbar. Der Zugang zu diesen Mitteln soll vereinfacht und die Transparenz bei der Mittelvergabe deutlich verbessert werden.

Der stellvertretende Bezirksvorsitzende Dr. Thomas Spies hatte schon in seiner Begrüßung unterstrichen, dass im Vorfeld der Landtagwahl am 29. Oktober 2018 der Schwerpunkt des diesjährigen Parteitags auf landespolitischen Themen liege. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, der in Thorsten Schäfer-Gümbels Regierungsteam als Minister für Mobilität und ländlichen Raum vorgesehen ist, hat in seiner Rede unter der Überschrift „Hessen von Morgen“ die Delegierten auf die inhaltlichen und programmatischen Ziele der SPD mit Blick auf die Landtagwahl eingestimmt.

Dabei werden die Themen Bildungsgerechtigkeit, Mobilität in Stadt und Land sowie bezahlbares Wohnen breiten Raum einnehmen.

Hier spielt die Schule von morgen eine wichtige Rolle, der stetige Ausbau von Ganztagsschulen ebenso wie vergleichbare Bildungschancen in Stadt und Land, aber auch die gebührenfreie Betreuung in Kitas und Krippen. Ziel ist eine Verbesserung der Qualität in den Einrichtungen durch einen besseren Betreuungsschlüssel und finanzielle Entlastung der Kommunen.

Das Thema Mobilität umfasst insbesondere auch die Situation im ländlichen Raum, wo die Menschen wegen zu weniger ÖPNV-Angebote oft abgehängt sind. Eine bessere finanzielle Unterstützung durch das Land ist hier ebenso unabdingbar wie mehr Investitionen in den Landesstraßenbau – auch um die stetige Abwanderung von Bürgerinnen und Bürgern aus ländliche Regionen zu stoppen.

Mehr bezahlbarer Wohnraum in Stadt und Land ist die dritte Aufgabe, die die SPD in Regierungsverantwortung in Hessen lösen will. Dabei sollen sowohl spürbar mehr klassische Sozialwohnungen aber auch bessere Angebote für Normalverdiener geschaffen werden. ■

EINSATZ FÜR DEN WAHLSIEG

Intensiver Wahlkampfeinsatz in Nordhessen.

Noch kann viel bewegt werden. Deshalb haben die Wahlkämpfer und Wahlkämpferinnen der SPD in ganz Nordhessen seit dem Auftakt in die heiße Wahlkampfphase ihre Aktivitäten für den Wahlsieg nochmals verstärkt. Im Straßenwahlkampf, an Infoständen, bei Hausbesuchen, In Diskussionsveranstaltungen und unterwegs mit dem Fahrrad wird für die programmatischen Ziele einer sozialdemokratischen Politik für Hessen und um jede Stimme für die SPD geworben.

Wer Hessens Zukunft jetzt gestalten und eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Politik will, der muss SPD wählen. ■

14 Tage vor der Wahl: Die nordhessischen Kandidatinnen und Kandidaten der SPD in Baunatal.

FOTOS: BÜRO FISSMANN, BÜRO KAHLER, BÜRO MÜLLER, BÜRO SOMMER, BÜRO STRUBE, BÜRO ULLOTH, BÜRO WASCHKE, BÜRO NOLTE, SPD KASSEL-STADT, SPD FULDA, ILONA HOLSTEIN.

ZUKUNFTSORIENTIERT – GERECHT - VERANTWORTUNGSVOLL

Von Esther Dilcher MdB und Dr. Edgar Franke MdB

Nach der Sommerpause haben wir den Bundeshaushalt 2019 in erster Lesung diskutiert.

Unser Schwerpunkt liegt in einer zukunftsorientierten, gerechten und verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

Viele Vorhaben des Koalitionsvertrages können jetzt schon umgesetzt werden, daher steigen auch die Investitionen auf Rekordhöhe. Wir investieren vor allem in die Bereiche Wohnen, Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung.Der Haushalt ist und bleibt dabei verantwortungsvoll. Nach wie vor wird es keine neuen Schulden geben. Das ist der sechste Haushalt in Folge, der ohne neue Schulden auskommt. Das soll sogar bis 2022 so bleiben.

Der Haushalt 2019 ist zukunftsorientiert, weil wir so viel investieren wie nie zuvor. Und zwar in unsere Infrastruktur. Klassisch investieren wir in Straßen, Schienen und Wasserwege, aber auch modern in den Breitbandausbau. Wir schaffen ein Sondervermögen für den Breitbandausbau und die Digitalisierung von Schulen.

Daneben investieren wir in den sozialen Wohnungsbau. Für den sozialen Wohnungsbau sind in den Jahren 2020 und 2021 jeweils eine Mrd. Euro vorgesehen. Zusätzlich werden im Haushalt 2019 die Mittel um 500 Mio. Euro auf dann rund 1,5 Mrd. Euro erhöht. Daneben haben wir auch den Mieterschutz deutlich verstärkt. Das Baukindergeld wiederum soll vor allem jungen Familien helfen, zügig in die eigenen vier Wände zu kommen.

Zugleich umfasst der Haushalt ganz viele Maßnahmen für Kinder und Familien. Wir finanzieren mit 5,5 Mrd. € das „Gute-Kita-Gesetz“. Damit schaffen wir nicht nur mehr Kita-Plätze und eine bessere Betreuungsqualität, sondern wir ermöglichen auch eine Senkung der Kita-Gebühren.

Des Weiteren investieren wir 2,0 Mrd. € in den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Zum 1. Juli 2019 erhöhen wir das Kindergeld, den Kinderzuschlag und passen den Kinderfreibetrag entsprechend an.

Die Koalition legt mit dem Haushalt auch den Grundstein für eine stabile Rente. Dafür werden Steuermittel zurückgelegt, um durch Zuschüsse das Rentenniveau stabil und den Rentenbetrag unter 20 % zu halten. Das hat die SPD-Fraktion so durchgesetzt. Neben Leistungsverbesserungen für Rentnerinnen und Rentner wird so auch die Finanzierung des Rentensystems auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet.

Mehrausgaben für die Rüstung sehen wir hingegen kritisch, stattdessen wollen wir lieber die Weichen dafür stellen, dass die Rente bis 2040 abgesichert ist.

Für die SPD ist klar:

Zukunftsinvestitionen und konkrete Verbesserungen für die Menschen haben Vorrang. ■

Esther Dilcher MdB und Dr. Edgar Franke MdB.

FOTO: ONNO WULF

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A
34117 Kassel
Fon 0561/7001013
Fax 0561/7001088
bezirk.hessen-nord@spd.de
www.spd-hessen-nord.de

ANZEIGE

STRASSENBAUBEITRÄGE ABSCHAFFEN GEHT NUR MIT UNS

Günter Rudolph MdL

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat erneut einen Gesetzentwurf zur vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in das Parlament eingebracht. In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs machte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, deutlich, dass die SPD sich weiterhin für die vollständige Abschaffung der sogenannten Straßenausbaubeiträge in Hessen einsetzt.

Rudolph sagte: „CDU und Grüne haben unseren Gesetzentwurf vor einigen Monaten schon nach der ersten Lesung im Hessischen Landtag mit ihrer Mehrheit weggestimmt. Die Regierungsfraktionen haben damit politische Ignoranz und parlamentarische Arroganz in Vollendung vorgeführt. Trotzdem hat die SPD-Fraktion eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt. Wir haben die Anregungen daraus aufgenommen und den Gesetzentwurf ergänzt. Das Ergebnis stellen wir heute wieder zur Debatte. Denn die SPD möchte, dass keine Kommune mehr Ausbaubeiträge erhebt. Die möglichen Einnahmeausfälle sollen mit Hilfe einer Investitionspauschale in Höhe von 60 Millionen Euro ausgeglichen werden, die

das Land den Kommunen zur Verfügung stellt. Diese Mittel werden dann nach der Länge der Gemeindestraßen verteilt. Das ist sinnvoll, sachgerecht und unbürokratisch. Und es stellt sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft davor geschützt werden, sich mit zehntausenden von Euro am kommunalen Straßenbau beteiligen zu müssen.“

Die derzeitige Rechtslage, die es den Kommunen freistelle, Straßenausbaubeiträge zu erheben, führe in der Praxis dazu, dass finanzstärkere Kommunen auf die Beträge verzichten könnten, während finanzschwächere Kommunen diese weiter erheben müssten, kritisierte Rudolph. Es könne nicht sein, dass Bürger unterschiedlich behandelt und mit Straßenausbaubeiträgen von mehreren 10.000 Euro belastet würden. Dies schaffe erheblichen Unfrieden in der betroffenen Bürgerschaft.

Der Gesetzentwurf der SPD biete eine gute Grundlage dafür, die ungerechten Straßenausbaugebühren abzuschaffen. „Wir erwarten deshalb eine zielorientierte parlamentarische Behandlung. Falls sich CDU und Grüne auch diesmal einer echten Verbesserung für die Eigentümer von Grundstücken verweigern, haben die Wählerinnen und Wähler ja am 28. Oktober 2018 die Möglichkeit, die Straßenausbaubeiträge abzuwählen“, sagte Günter Rudolph. ■ FOTO: SPD HESSEN

Günter Rudolph MdL

FOTO: BÜRO RUDOLPH

LAND MUSS SCHNELL UND LÜCKENLOS AUFKLÄREN

Patrick Hartmann zur Spekulation mit Steuergeldern

Nach Auffassung des SPD-Landtagskandidaten Patrick Hartmann muss Finanzminister Thomas Schäfer die Vorwürfe aufklären, das Land habe Steuergelder bei riskanten Spekulationen verschwendet. „Der Einsatz sogenannter Derivate darf nicht den Eindruck erwecken, das Land gehe mit Steuermitteln nicht im Sinne der Bürger um“, sagte Hartmann zu den bekannt gewordenen Geldgeschäften. Gerade in Zeiten, in denen sich immer mehr Menschen enttäuscht von der Politik abwenden, muss eine schnelle und lückenlose Aufklärung der Vorwürfe vorangetrieben werden. „Je länger eine Aufarbeitung in diesem Falle dauert, umso mehr spielt sie denjenigen in die Hände, die eh der Meinung sind, dass man Politikern nicht vertrauen könne“, unterstrich der Sozialdemokrat.

Nach 19 Jahren CDU:
Am 28. Oktober den Wechsel wählen.

Sollten sich allerdings die Vorwürfe erhärten, dann ist eine weitaus höhere Schadensumme als die bisher bekannten 375 Millionen Euro zu erwarten. Das Land müsse sich in diesem Falle Vorwürfe gefallen lassen, dass man das Geld sinnvoller hätte einsetzen können, als es an den Finanzmärkten zu verspekulieren. „Eine gebührenfreie Kinderbetreuung für alle und das ganztags, ein Programm zur Schulbausanierung, mehr bezahlbarer Wohnraum und eine Finanzspritze für wegfallende Straßenausbaubeiträge an die Kommunen wären dann meiner Meinung nach sinnvoller gewesen, als sich bei riskanten Finanzgeschäften zu verspekulieren!“, erklärt Hartmann abschließend. ■

Patrick Hartmann

FOTO: BÜRO HARTMANN

WIRTSCHAFTSMINISTER TIEFENSEE BESUCHT K+S IM WERRATAL

Im Rahmen seiner Sommertour besuchte der thüringische Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee das Werk Werra der K+S KALI GmbH. An seiner Seite waren der hessische Landtagsabgeordnete Torsten Warnecke die Bürgermeister der Standortgemeinden Roland Ernst (Unterbreizbach) und Ralf Orth (Philippsthal).

Auf dem Programm stand zunächst ein Besuch des Analytik- und Forschungszentrums (AFZ) in Unterbreizbach. Mit Werksleiter Martin Ebeling und dem Betriebsratsvorsitzenden André Bahn besprachen die Gäste die positive Situation auf dem Arbeitsmarkt: Nur 3,7 Prozent beträgt aktuell die Arbeitslosenquote im Wartburgkreis. Die Beschäftigung von Frauen ist im Wartburgkreis überdurchschnittlich hoch. K+S trägt zu diesen guten Zahlen mit seinen Arbeitsplätzen – im Werk Werra sowie im AFZ – bei. 85 Prozent der Mitarbeiter des Werkes Werra kommen aus den Landkreisen Wartburgkreis und Hersfeld-Rotenburg. Auch das AFZ in Unterbreizbach bietet attraktive Arbeitsplätze für junge Menschen mit hoher Qualifikation und sorgt somit auch für einen Zuzug in die Region.

Nachdem Dr. Armin Dietrich, Leiter Analytic and Research Center, die Gäste durch das AFZ geführt und ihnen einen Eindruck über die Arbeit vermittelt hatte, ging es an und auf die Halde Hattorf am hessischen Standort Philippsthal, unweit des AFZ. Hier informierten sich die Gäste über den halbtechnischen Versuch der Haldenabdeckung, der vor kurzem gestartet ist. Und es wurde auch erklärt, wie das kontinuierlich anfallende Haldenwasser aufgefangen und entsorgt wird. Der Minister zeigte sich beeindruckt vom AFZ und den Versuchsanlagen mitsamt Laboren: „Gerne unterstütze ich als Wissenschafts- und Wirtschaftsminister die Entwicklung von neuartigen Produkten, wie auch die Weiterentwicklung. So können wir in Deutschland unsere Wettbewerbsfähigkeit halten. K+S ist da ein gutes Beispiel.“ Ein Blick von der Halde in das schöne Werratal rundete den Besuch des Ministers ab. ■

ZUKUNFT
JETZT MACHEN

GLÜCKWUNSCH!

Wilhelm Schönen
aus Waldeck
zum 100. Geburtstag

Hildegard Ludwig
aus Malsfeld
zum 95. Geburtstag

Anni Becker
aus Breidenbach
zu 60 Jahren
Parteimitgliedschaft ■